Telegraphenstempel: Berlin-Dresden.

Dieses Blatt erscheint täglich früh 7 Uhr i. d. Exped.: Marienstr. 13. Abonnements-Preis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfg., durch die Post 2 Mark 75 Pfg. Nummer 10 Pfg. Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inserate für die Dr. Nachr. nehmen an: Annoncen-Bureaux von Haasenstein & Vogler; — Rud. Mosse; — Daube & Co.; — Invalidendank; — G. Müller in Berlin; — Rud. Kiek in Magdeburg; — A. Retzdorff & Co. in Halle; — B. Arndt, Berlin W.; — Rudolf Steiner in Hamburg; — Zeitungs-Agentur von L. Blochat in Teplitz.

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Nr. 11 (Altst.) u. 582 (Neust.)

Inserate werden Marienstr. 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: Große Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Insertions-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung angenommen. — Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfg.

Erste und grösste
**Masken- u. Theatergarderobe,**
**Dominos** in vorzüglicher Auswahl für Herren u. Damen
E. Preusser's Nachf., **Max Jacobi,**
**2 Galeriestrasse 2,** part. und I. Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

**C. A. Rose**
Zahnarzt,
Atelier künstl. Zahnarbeiten, Plombirungen etc.
**Dresden, Schloss-Strasse 4, II. Et.**
Sprechzeit: 9—4 Uhr Nachmittags.

Das Maskengarderobe-Magazin I. Ranges
von
Frau Mathilde Klemich, Seestraße 2, 2. Et.,
empfiehlt ihr grosses Lager **historischer** u. **Phantasie-Costüme** für **Herren** und **Damen.**
Bestellung nach Maass. Ausführung nach auswärts prompt.
Musterbücher jeden Genres. Preiscourante gratis.

**Neuheiten**
erscheinen unausgesetzt.
**Alle Stickerei-Materialien** in grösster Auswahl.

Tapisserie-Manufactur
Altmarkt **C. HESSE** Altmarkt
Königl. Hoflieferant.

**Vorjährige Muster**
weit unter Kostenpreisen.
**Beste Erledigung jeder Extrabestellung.**

**Nr. 19.** 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 19. Jan.: Schwacher unbest. Wind, geringe Bewölkung, neblig, abnehmende Niederschl., Temp. wenig verändert.

Dresden, 1884. **Sonnabend, 19. Januar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

**Ein Geschlecht,** dem der „Neue Pitaval" eine Lieblingslectüre, darf sich nicht wundern, wenn es eine große Zahl von schweren und schauderhaften Kapitalverbrechen erlebt. Einen, wenn auch sehr dürftigen Trost gewährt der düstere Inhalt jener Sammlung denkwürdiger Kriminalfälle aber immerhin doch. Die unglaublichen und blutigen Verbrechen sind eben kein specifisches Erzeugniß der Neuzeit. Auch die Sittengeschichte unserer Vorfahren ist auf jedem Blatte von mindestens ebenso ungeheuerlichen Schandthaten befleckt worden. Nur die Art der Verbrechen, ihre Gelegenheit und Verübung hat sich geändert. Diese Dinge stehen am sichtlichsten unter dem wechselnden Einflusse der Zeit. Die Verbrecherwelt macht sich die Erfindungen und Fortschritte der Technik und des Verkehrs zu Nutze. Dynamit-Attentate waren vor der Erfindung dieses Sprengstoffes unmöglich. Nur bei unserer modernen Reise-Frequenz konnte vor etlichen Jahren ein Engländer auf den Gedanken verfallen, sich seiner Gattin dadurch zu entledigen, daß er sie zu einem Ausflug nach dem Stilfser Joch verlockte und hier in einen Abgrund stürzte. Trotz alledem hat sich der Jetztlebenden das bängliche Gefühl bemächtigt, daß wieder einmal eine Periode besonders schwerer Gewaltthaten gegen Leben und Eigenthum angebrochen ist. Es verdient Erwähnung, daß alle größeren Zeitungen durch die Wiener Mordthaten sich genöthigt sehen, einen beträchtlichen Theil ihrer Spalten diesem entsetzlichen Stoffe zu opfern. Mehr oder weniger ist jede Zeitungsnummer eine Fortsetzung der Verbrecher-Chronik Pitaval's. Vor Allem erörtert man die Frage, wie viel Antheil an dem Verbrechen auf das Individuum, wie viel auf die menschliche Gesellschaft, auf die Zeit, aus welcher der Verbrecher hervorgegangen ist, fällt. Darüber bemerkt die „Weser-Zeitung":

„Eine Messalina, ein Nero werden durch die moralische Fäulniß des alten Rom persönlich zum Theil entschuldigt; ihre Zeitgenossin Thusnelda erscheint ihnen gegenüber in einem Glorienschein persönlicher Tugenden, auf welchen sie vor ihren Landsmänninnen keinen Anspruch hat, sofern Tacitus Recht hat, wenn er solchen Charakter als das allgemeine Merkmal der germanischen Frau ausgiebt. Wie weit die Pongratz, Dürschner, Schenk und Schlossarek als die Kinder unserer Zeit, wie weit sie dem Leben und Treiben der Großstadt oder dem Naturell des Volkes zur Last fallen, dürfte heute noch nicht auszumachen sein. Eines freilich scheint festzustehen, daß die Unthaten in dieser Form nur geboren werden konnten von einem rauschenden Tagesverkehr, in welchem der Einzelne verschwindet; nur unter dem Schutze des Lärmens auf der Straße und des gleichgiltigen Vorbeiströmens der Tausende konnten die Pongratz und Genossen hoffen, den Eifert, der sich eben durch den lebhaften Verkehr gesichert wähnte, unbemerkt zu berauben und zu ermorden".

Eine Schlußfolgerung aber zwingt jenes Verbrecher-Genie, das Hugo Schenk heißt, aller Welt auf: die Unentbehrlichkeit der Todesstrafe für solche Scheusale. Von der empörenden Frivolität, mit der sich der Unmensch noch jetzt benimmt, findet man in der „Tages-geschichte" einen neuen, Erschauern machenden Beleg. Hier ist jede Hoffnung auf Besserung abgeschnitten, auf dem entsetzlichen Nachtgemälde dieser Verbrecherseele zeigt sich nicht der leiseste Schimmer einer Möglichkeit von Reue. Die Menschheit würde es nicht ertragen, wenn nicht der Tod seinen schwarzen Mantel über das Leben eines solchen gewerbsmäßigen Mordbuben breitete.

Die hastende Eile des Tagesbedarf duldet kein allzulanges Verweilen bei einem Gegenstande. Eine Annehmlichkeit bildet es freilich auch nicht, den wüsten Scenen zu folgen, die im kroatischen Landtage zu Agram, pardon! im preußischen Landtage zu Berlin sich abspielen. Letzterer hat auch seinen Starcevics und zwar führt dieser den Vornamen Eugen. Am 3. Berathungstage fand derselbe allerdings in dem Abg. Cremer einen ihm gewachsenen Widersacher. Cremer hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Tyrannei der Fortschrittspartei dort aufzusuchen, wo sie am Ruder ist und zeigen kann, was sie leistet. Das ist in der Stadtverwaltung von Berlin. Cremer enthüllte mit unbarmherziger Hand die Sünden des fortschrittlichen Stadtregiments in Berlin. Selbst die Unverfrorenheit Richter's konnte gegen die Wucht der Cremer'schen Anklagen nicht aufkommen. Wer es als Berliner Bürger gewagt hat, einem konservativen Vereine beizutreten, wer sich soweit verstieg, sich als Gegenkandidat gegen einen Israeliten aufstellen zu lassen, der hat nach Cremer's Angaben seine Verwegenheit damit zu büßen gehabt, daß ihn die fortschrittliche Einschätzungskommission in der Steuer höher ansetzte. Cremer nannte die Namen der also Gemaßregelten nicht, um dieselben künftig „nicht noch tiefer in die Tinte zu bringen", was Eugen Richter veranlaßte, dieselbe als „Jammerkerle" zu beschimpfen. Mein Gott, es ist eben nicht Jedermanns Sache, den Helden zu spielen und ein Steuerzahler, welcher die Rache mächtiger Gegner zu fürchten hat, glaubt im Interesse seiner Familie zu handeln, wenn er sich vorsichtig duckt. Ein „Jammerkerl" ist er, nach der starcevicsistischen Bezeichnung Eugen Richters, deshalb noch lange nicht. Auch die Heimlichkeit der Abstimmung bei Wahlen beruht ja wesentlich auf der Erkenntniß, daß viele Wähler wirthschaftlich zu schwach sind, um alle Folgen einer öffentlichen, mündlichen Stimmabgabe über sich ergehen zu lassen. „Jammerkerle" darf man deshalb diese kleinen Leute noch lange nicht schimpfen. Die Dreistigkeit und Unabhängigkeit Richter's besitzt eben nicht Jedermann.

Vielbespottet wird die Ausrede des Finanzministers v. Scholz, daß die Stenographen seine wichtigen Aeußerungen über den beabsichtigten Wegfall der Matrikularumlagen auch gar nicht gehört haben sollen. Die Stenographen erhalten in allen Parlamenten den zum Auffangen einer Rede günstigsten Platz; die verfänglichen Aeußerungen v. Scholz sind aber ganz genau von dem Centrumsmann Windthorst und den Berichterstattern auf der Tribüne vernommen worden. Wenn aber wirklich die Stenographen so wenig von den ministeriellen Worten verstanden hatten, daß sie statt ihrer Uebersetzung ein leeres Blatt abgaben, so leidet zu allem Unglück der Finanzminister auch noch an Gedächtnißschwäche. Denn er füllte die Lücke so aus, daß seine Erklärung erst recht dunkel erscheint. Es scheint, als habe Herr v. Scholz voreilig etwas aus der Schule geschwatzt. Die Erhaltung der Matrikularumlagen ist dem Fürsten Bismarck vielleicht werthlos; für die Einzelstaaten besitzen sie die Bedeutung eines Lebensinteresses. Exemplifiziren wir auf Preußen! Dort hatte 1879 die Regierung feierlich erklärt, daß wenn der Reichstag die Tabaksteuer erhöhen und eine Vermehrung der Eingangszölle beschließen solle, der Mehrertrag prozentualiter zur Erleichterung der preußischen Steuerzahler verwendet werden solle. Der Reichstag nahm sie beim Wort und beschloß im Gesetze über den Zolltarif vom 15. Juli 1879 die sogenannte Frankenstein'schen Klausel, wonach die Zollerhöhung nur unter der Voraussetzung ins Leben treten dürfe, daß Alles, was an erhöhten Steuern über 130 Mill. Mark den Reichskassen zufließen würde, an die Einzelstaaten vertheilt werden solle. Daran laßt uns festhalten! Sonst verwendet das Reich die Zolleinnahmen von 215 Mill. Mark für seine eigne Zwecke, während die Frankenstein'sche Klausel an die Einzelstaaten 85 Mill. Mark zur Vertheilung bringt.

## Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 18. Jan.

Leipzig. Vom Reichsgerichte wurde die, von den im Prozesse Dickhoff in der ersten Instanz verurtheilten Angeklagten eingelegte Revision verworfen.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Eingegangen ist eine Vorlage wegen Anlage von Secundärbahnen. Auf der Tagesordnung steht der Antrag des Centrums auf Wiedereinführung der kirchenpolitischen Verfassungsartikel. Reichensperger-Olpe begründet den Antrag, gegen welchen sich 15 Redner aller Parteien und für welchen sich 7 Redner des Centrums zum Wort melden. Frhr. v. Hammerstein wies nach, daß die Annahme des Antrags nur eine Rechtsunsicherheit zur Folge haben könne, da in demselben die gesetzlichen Bestimmungen nicht bezeichnet seien, die gleichzeitig aufgehoben werden müßten. Er begründet dann die von den Konservativen eingebrachte motivirte Tagesordnung und hebt u. A. hervor, daß die Wiederaufnahme der Verfassungsartikel in die evangelische Kirche einen unheilvollen Riß bringen müsse. Während Reichensperger an den Liberalismus zu Gunsten der Vorlage appellirte, wendet sich Abgeordneter von Schorlemer-Alst als Vertreter des konservativen Elements im Centrum an den Konservatismus. Eugen Richter bezeichnete den gegenwärtigen Zustand als Chaos, das bedenklichste sei, daß die Katholiken unselbstständig würden. Bei wichtigen Fragen z. B. über Verlängerungen des Sozialisten-Gesetzes rufe man den Bischof zurück oder nicht, je nach der Haltung des Centrums. Er ist gegen den Antrag, will ihn aber von andern Kommissionen berathen lassen. Kultusminister von Goßler ersuchte den Antrag abzulehnen, da unter den augenblicklichen Umständen keine Bestimmungen gegeben werden könnten, die sich jeder nach seiner Weise zurecht legen kann. Für die Bischöfe von Köln und Posen seien keine Begnadigungsgesuche eingegangen, könnten auch, wenn sie eingehen sollten, keine Berücksichtigung finden. (Bewegung). Die Regierung thue was sie könne. Windthorst antwortete hierauf, Form und Inhalt dieser Erklärung wären der Art, daß er fürchte, man stehe vor einer neuen Kampfesära. Das Centrum verlange die Herstellung des Zustandes vor dem Kulturkampf. Wollten das die jetzigen Minister nicht, dann würden andere kommen. Der Antrag auf Berathung in der Kommission wird abgelehnt, und sofort in die zweite Berathung des Antrags Reichensperger eingetreten. Stöcker wünschte eine Verbindung beider Kirchen, um ihre gemeinsamen Aufgaben zu fördern. Durch den Antrag Reichensperger würde aber die evangelische Kirche nicht gewinnen.

Berlin. Bei dem heute abgehaltenen Kapitel des schwarzen Adler-Ordens fand die Investitur des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen statt. — Dem Landtage ging eine Vorlage über den Bau von Sekundärbahnen zu. Für den Bau von 17 neuen Bahnen wurden 69½ Millionen veranschlagt, überhaupt wurden über 122 Millionen gefordert, worunter u. A. 7¾ Millionen zur Deckung der Mehrkosten des Baues der Berliner Stadtbahn. Finanzminister von Scholz wird demnächst ein Kommunal-Nothstandsgesetz vorlegen.

Breslau. Der zu 6 Monaten Festungshaft wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte Redakteur der Breslauer Zeitung, Dr. Lion, wurde vom Kaiser begnadigt. Der Magistrat und die Stadtverordneten Breslaus hatten in großer Mehrheit das Begnadigungsgesuch unterzeichnet.

Rom. Der Generalabt des Benediktinerklosters auf Montevergine, Cesare, wurde letzte Nacht in seiner Wohnung ermordet und die Wohnung ausgeraubt. Zwei Bedienstete sind verhaftet.

Madrid. Die Deputirtenkammer nahm den Adreß-Entwurf der Opposition mit 221 gegen 126 Stimmen an; für die Regierung stimmten die Anhänger Sagasta's, gegen dieselbe die Republikaner, die Konservativen und die dynastische Linke. Das Kabinet wird demnach voraussichtlich seine Entlassung nehmen, die Entscheidung hierüber soll aber erst morgen getroffen werden.

Madrid. In der gestrigen Sitzung wandte sich Canovas de Castillo energisch gegen das Verfahren Castelar's fremde Staatsoberhäupter in die Debatte zu ziehen, was er als unerhört bezeichnete, und pries das Wirken des deutschen Kaisers. Nachdem die Adresse der Opposition gegen das jetzige Kabinet angenommen worden, ist die Demission des Kabinets unvermeidlich. Der Gedanke an eine Auflösung der Cortes gilt als aufgegeben. Wahrscheinlich wird Sagasta zur Neubildung des Ministeriums berufen, doch sind die Aussichten auf Bestand des Ministeriums Sagasta gering, so daß einem solchen ein Ministerium Canovas folgen würde.

Madrid. Die Minister, welche das Cortesvotum nicht als ihre Demission bedingend betrachten, wollten dem Könige die Auflösung der Cortes anrathen und erst demissioniren, wenn der König dies ablehne.

Petersburg. Graf Loris Melikoff ist ernstlich erkrankt. — Der Transport der Leichen der Mannschaft des verunglückten Expeditionsschiffes „Jeannette" hat Orenburg passirt.

Chartum. Der Reisende Dr. Junker befindet sich gesund und wohl im Niamniam-Lande. Sein Begleiter, Bohndorf, ist glücklich in Chartum angekommen.

Berliner Börse. In Folge Deckungsbedürfniß günstiger Meldungen von fremden Plätzen waren die Haltung fest und die Course anziehend. Namentlich erfuhren spekulative Banken anschließliche Besserungen, Kreditaktien schlossen 7½ Mark, Diskonto-Gesellschaft 2¾ Prozent, deutsche Bank ein Prozent höher. Kassabanken waren ruhig und fest, deutsche Bahnen vorwiegend besser, österreichische setzten zwar niedriger ein, schlossen aber höher als gestern. Berlin-Hamburger gewannen bei lebhafter Frage 5⅝ Prozent, österreichische und Schweizer Bahnen befestigten sich gleichfalls erheblich mit Ausnahme von Franzosen, die etwas zurückgingen. Oesterreichische Prioritäten waren gut behauptet, Bergwerke fast durchweg wesentlich höher, auch Industrien verbesserten vielfach ihre Course. Deutsche Fonds waren still und wenig verändert, fremde Renten etwas fester, besonders Italiener. Die Nachbörse schloß schwächer.

**Frankfurt a. M.**, 18. Januar. Credit 263½. Staatsbahn 249½. Bombarden 129½. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 249½. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 75. 77er Russen —. 80er Russen —. 5% Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 5. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Disconto —. Gasbier 67½. Gotthardbahn 89½. Mainzer —. Fest.

**Wien**, 18. Januar. Credit 303,00. Staatsb. 318,30. Lombarden 143,30. Elbethal —. Nordwestb. 187,00. Marknoten 59,35. Ung. Credit 300,75. Fest.

**Paris**, 18. Januar. (Schluß.) Rente 76,72. Anleihe 107,62. Italiener 81,70. Staatsbahn 682,50. Lombarden 318,75. do. Prioritäten 291. Egypter 389. Oesterr. Goldrente 84½. Schwach.

**London** (Getreidemarkt), (Schluß.) 18. Jan. Weizen flau. Käufer vielleicht ½—1 Sch. Concession geneigt, angekommener ruhig. Mehl weigend. Mais, ¼ Sch. billiger. Hafer ruhig. Gerste fest. Erbsen, Bohnen williger. Wetter: Nebel.

## Lokales und Sächsisches.

— Hoforganist Edmund Kretschmer erhielt das Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens.

— Die zweite Kammer berieth in ihrer gestrigen Sitzung über das Königl. Dekret, welches den Landtag um Zustimmung zu der beabsichtigten Vermehrung der Expedientenstellen an den Amtshauptmannschaften ersucht. Sekretär Ahnert ist mit der Vorlage nicht einverstanden. Er hätte geglaubt, daß man die Gehaltsverhältnisse der älteren Beamten aufbessern und das stockende Avancement in Fluß bringen, nicht aber die Stellen vermehren würde. Zugleich benutzt er die Gelegenheit, um die Wirksamkeit der Amtshauptmannschaften einer abfälligen Kritik zu unterziehen. Er vermisse bei der inneren Verwaltung jedes einheitliche Verfahren. Die Selbstverwaltung sei in Sachsen noch nicht so ausgebildet, wie sie sein müßte, die kleineren Gemeinden z. B. gingen noch an einem Gängelbande (sehr richtig! links). Wenn es im Dekrete heiße, daß die Ordnungsstrafgelder bei den Amtshauptmannschaften sich sehr vermehrt hätten, so sei dies kein Wunder, denn man brauche die Amtshauptmannschaften nur mit dem Aermel zu streifen, so koste es auch schon Geld. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz hält ihm entgegen, daß sich alle diese Klagen auf unsere gegenwärtige Gesetzgebung bezögen; weder die Amtshauptmannschaften, noch die ihnen vorgesetzten Behörden hätten es in der Hand, anders als gemäß den bestehenden Vorschriften zu handeln. Wenn Abg. Streit sich gegen die Vermehrung der Expedientenstellen wende und lieber wünsche, daß man die Expedienten frage, ob sie nicht gegen höheren Gehalt die vermehrte Arbeit bewältigen wollten, so könne dies nur eine Ueberbürdung dieser Beamten zur Folge haben, wodurch naturgemäß ein schlechter Geschäftsgang bedingt sei. Hierauf wird das Dekret an die Finanzdeputation verwiesen. Ref. v. Polenz beantragt sodann Namens der Deputationsmajorität, die Petition des Stadtgemeinderathes zu Neusalza um Ausflurung eines Grundstücks von Spremberg und Einflurung desselben in Neusalza auf sich beruhen zu lassen, wodurch auch die Gegenpetition des Gemeinderathes von Spremberg erledigt wäre, während die Minorität, Ref. Schreck, empfiehlt, die erste Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu übergeben. Abg. Hildebrand befürwortet eingehend den Minoritätsantrag, Abg. Matthes den der Majorität. Letzterer konstatirt, daß er, was nicht zu leugnen wäre, in Spremberg ansässig sei (große Heiterkeit) und daß er demnach die Interessen dieses Ortes zu vertreten habe. Die Begünstigung der einen Gemeinde sei hier ein Unrecht gegen die andere. Der ganze Rechtsstreit rühre daher, daß Neusalza irrthümlicher Weise geglaubt habe, mit dem Kauf des Grundstückes sei auch die Ausflurung desselben verbunden. Noch eine große Anzahl anderer Gemeinden sei in derselben Lage wie Neusalza, z. B. Herrnhut, doch habe dieses noch niemals ein derartiges Ansinnen gestellt. Abg. Bönisch ist weder für den einen noch für den anderen Antrag, obgleich er mit seinen Sympathien ganz auf der Seite Neusalzas stehe. Dem Minoritäts-Antrag zuzustimmen, hegt er großes Bedenken, da eine zwangsweise Ausflurung nur im äußersten Nothfalle erfolgen dürfte, also hier wohl nicht am Platze sei. Er beantragt demnach, beide Petitionen der Regierung zur Erwägung zu empfehlen, damit beiden Parteien Gelegenheit gegeben würde, sich auf friedlichem Wege zu vereinbaren. Staatsminister von Nostitz-Wallwitz: Wenn die Kammer den Antrag auf Erwägung annähme, würde er darin einen indirekten Vorwurf gegen die Regierung erblicken müssen, als sie die betreffenden Paragraphen der Landesordnung zu eng aufgefaßt habe. Falls der Antrag lediglich den Zweck verfolge, die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ziele zu bringen, so wäre es geeigneter, wenn die Petitionen der Regierung zur Kenntnißnahme übergeben würden. Abg. Böhmisch ändert hierauf seinen Antrag demgemäß um, worauf die Referenten der Deputation ihre Anträge ebenfalls zu Gunsten dieses Antrags zurückziehen. Beide Petitionen werden demgemäß der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen. Abg. von Polenz referirt sodann weiter über die Petition der Gebrüder Lorenz in Hirschleithe, welche sich über eine zu hohe Abschätzung zur Einkommensteuer in den Jahren 1880 bis 1883 und über ihre wegen Steuerhinterziehung erfolgte Bestrafung beschwerten. Sie hatten ihr Einkommen derartig deklarirt, daß sie nur 75 M. Steuern hätten zahlen müssen, während sie nach der Einschätzung 121 M. und außerdem noch 200 M. Strafe zu zahlen hatten. Außer der Beschwerde hatten sie aber zugleich an die Kammer das Ansuchen gestellt, dahin zu wirken, daß die Abschätzung zur Einkommensteuer bei Gewerbtreibenden ungünstig gelegenen Ortschaften fortan nach humanen, vor allen Dingen aber der Wirklichkeit entsprechenden Grundsätzen erfolge. Diesen Theil der Petition beschließt die Kammer auf sich beruhen zu lassen, während sie die Beschwerde selbst für unzulässig erklärt, da der vorgeschriebene Instanzenweg nicht betreten worden sei.

— Ueber die Petitionen des Stadtrathes zu Oschatz um Verleihung des ausschließlichen Rechtes der weltlichen Kircheninspektion an die Stadträthe der Städte mit revidirter Städteordnung auf dem Wege der Gesetzgebung und die des Bürgermeisters Dr. Biehann in Tharandt um lebenslängliche Anstellung der Bürgermeister in mittleren und kleineren Städten, berichtet nun auch die Petitions-Deputation der ersten Kammer. Dieselbe empfiehlt der Kammer, beide Petitionen der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen. Ueber die erste Petition referirt Graf von Hohenthal, über die letztere von Zezschwitz.

— Aus der vorgestrigen Stadtverordnetensitzung sind nur einige Gegenstände zu erwähnen, da die Mehrzahl nur Gehaltszulagen bez. Remunerationen, Rechnungsjustifikation u. s. w. betrafen. Von allgemeinem Interesse ist die mehrerwähnte Herstellung eines von der Poliergasse nach dem Sternplatz führenden Durchganges durch den alten Annenfriedhof und die Errichtung zweier Barackenbauten für Volksschulzwecke. — Den Kirchhofsweg anlangend, so ist man mit dem Rath darüber einverstanden, daß der Weg eine Verkehrserleichterung sein wird und daß er hergerichtet werden soll, ersucht aber den Rath auf speziellen Antrag des Herrn Stadtv. Dr. Blochwitz, mit der Ausführung zu warten, bis die Frage bezüglich des Einrückens der Friedhofsmauer in der Poliergasse erledigt ist. Die Korrektion dieser letzteren Gasse wird vielfach als dringend wünschenswerth bezeichnet und man erfährt, daß der Annenkirchenvorstand gar nicht abgeneigt ist, die betr. Mauer um das nicht unbedeutende Stück bis zur Fluchtlinie der von der Ammonstraße bis zur Kirchhofsmauer laufenden Häuserreihe hereinzurücken; die Verhandlungen darüber sind zwischen dem Kirchenvorstand und dem Stadtrath bereits im Gange. — Gegen die Errichtung der beiden Barackenbauten, welche auf die Görlitzerstraße zu stehen kommen sollen, wurden namentlich von Herrn Stadtv. Kaiser verschiedene Bedenken erhoben. Besonders wies er darauf hin, daß man in der kurzen Zeit bis Ostern, noch dazu bei der im Winter hellen Witterungsfrage, die Bauten nicht in so ausgetrocknetem Zustande werde fertig stellen können, daß man die Kinder unbedenklich darin unterbringen kann. Andererseits wurde dem widersprochen und betont, daß die gehörige Austrocknung der Bauten in kürzester Zeit durch unausgesetztes Heizen, bez. auch Mitverwendung von chemischen Mitteln zu erzielen sei. Schließlich genehmigte das Kollegium den